

Mittwoch,
5. August 1914.

Mittag-Ausgabe.

Nr. 362.
53. Jahrgang.

Das Posener Tageblatt
erscheint
an allen Wochentagen
zweimal.
Der Bezugspreis beträgt
vierteljährlich
in den Geschäftsstellen 3,00,
in den Ausgabestellen 3,25,
frei ins Haus 3,50,
bei allen Postanstalten des
Deutschen Reiches 3,50 M.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis
für eine kleine Zeile im
Anzeigenteil 25 Pf.,
Reklamenteil 30 Pf.,
Stellenangebote 15 Pf.
Anzeigen nehmen an
die Geschäftsstellen
Tiergartenstr. 6
St. Martinstr. 62
und alle
Annoncenbureaus.

Verkauf Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Giesel.

Telegr.: Tageblatt Posen.

Ausendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Auch England hat Deutschland den Krieg erklärt

Berlin, 5. August. (W. T.-B.) Gestern Abend kurz nach sieben Uhr erschien der englische Botschafter Goschen auf dem Auswärtigen Amt, um Deutschland den Krieg zu erklären und seine Forderungen zu fordern.

Auch unsere großbritannischen „Vettern“ halten also jetzt die Zeit für gekommen, über uns herzufallen, um uns im Verein mit dem Zweibunde möglichst „kleinzukriegeln“ und uns nicht nur aus der Weltpolitik auszuschalten, sondern vor allem als Rivalen vom Weltmarkt zu verdrängen. Wir stehen also beinahe vor einer Situation wie Friedrich d. Gr., nur daß das heutige Deutschland nicht mehr das damalige kleine Preußen ist, und daß wir die Österreicher nicht als Feinde haben, wie damals Preußen, sondern als Verbündete. Hoffentlich erinnert sich nun auch Italien endlich seiner Bundespflichten!

Unsere Feinde wollen ein Kesseltreiben gegen uns veranstalten, um unsere nationale Existenz zu vernichten. Aber noch lebt der alte Gott, der unsere gerechte Sache führen wird. Ist der alte Fritz mit halb Europa im Kriege fertig geworden, so wird Deutschland im Bunde mit Österreich mit seinen Feinden auch fertig werden. Freilich gilt's nun, alle Kräfte einzusetzen. Siegen wir aber diesmal, dann hat sich Deutschland ein für alle Mal in der Welt durchgesetzt. Die Tragweite der englischen Kriegserklärung kann natürlich gar nicht ernst genug eingeschätzt werden. Aber wir haben das Vertrauen zu unserer Flotte, daß sie sich selbst dieses ernstesten Gegners ruhmreich erwehren wird. Nun hat sie zum ersten Mal Gelegenheit, im Großen zu zeigen, was sie vermag. Möge der allgerechte Gott sie wie unser Landherr zu glorreichem Siege führen!

Die Stunde der Abrechnung mit allen unseren Feinden, Hassern und Neidern hat geschlagen. Nun darf jedes deutsche Herz nur einen Gedanken haben: Alles fürs Vaterland! Wir ziehen im Vertrauen auf unsere gerechte Sache ins Feld mit dem Wahlspruch:

Mit Gott für Kaiser und Reich!

Berlin, 4. August. (W. T.-B.) In London verbreitete Gerüchte über einen Zusammenstoß von deutschen und englischen Kriegsschiffen in der Nordsee sind unwahr.

Kein Einmarsch deutscher Truppen in Holland.

Saag, 4. August. (W. T.-B.) Von amtlicher Seite wird die Meldung, deutsche Truppen hätten einen Einfall nach Holland gemacht, wie es in einem Erlaß des Bürgermeisters von Antwerpen heißt, sehr energisch dementiert. Amsterdam, 4. August. In Amsterdam wird die Meldung von dem Einrücken deutscher Truppen amtlich energisch dementiert.

Saag, 4. August. Die Kammer ist zur Beratung eines dringlichen Gesetzentwurfes wegen des Krieges zusammengetreten. Der Präsident appellierte an die Einmütigkeit aller Parteien. Sodann erklärte der Ministerpräsident, Königin und verantwortliche Minister befänden sich in voller Übereinstimmung. Sie würden das Volk in diesen schweren Tagen führen. Sie seien in Bereitschaft und entschlossen, die Neutralität mit allen Kräften zu wahren. Sie erwarteten kalten Blutes und mit Entschlossenheit, was die Zukunft bringen werde. Die Regierung sei überzeugt, daß die Generalstaaten von dem gleichen Gedanken befeßt seien. Die Regierung erklärte sich gegen den Erlaß eines Moratoriums (Zahlungsstundung), weil es nicht nötig sei. Die Kammern wurden darauf vertagt.

Rumänien bleibt neutral.

Rumänien hatte nicht übel Lust gezeigt, sich dem Dreibunde anzuschließen, da es sich von Rußland in seiner Entwicklung bedroht glaubt, von Österreich und Deutschland aber nicht. Rußland hat deshalb größere Truppenmassen an die rumänische Grenze geworfen, worüber telegraphisch berichtet wird:

Wien, 5. August. (Privat-Telegramm.) Das „Deutsche Volksblatt“ meldet: Rumänische

Reisende, die aus Bessarabien geflohen sind, berichten von dem vollkommenen Aufmarsch der russischen Truppen des gesamten Odessaer Militärbezirks gegen Rumänien. Die Masse der Truppen steht schon bei Bender, Galaş gegenüber, andere vor Kischiner in der Richtung auf Jassy. Bei Chilia werden zwanzig Eisenbahntransporte erwartet. Bei Sunklu (?) steht ein Artillerie-Regiment. Diese Nachrichten haben in der rumänischen Hauptstadt verblüffend gewirkt, umso mehr, als noch vorgestern der Zar ein herzliches Telegramm an König Karol gesandt hat, worin er diesen gelegentlich des Besuches der Offiziere des 5. Koschior-Regiments seiner untwandelbaren Freundschaft versichert. Rumänische Zeitungen erklären, daß dieses Benehmen Rußlands Rumänien zu Gegenmaßnahmen zwingt.

Offenbar in einer Zwangslage sich fühlend, hat Rumänien darauf seine Neutralität beschlossen, wie aus folgendem Telegramm ersichtlich ist:

Bukarest, 5. August. Extrablättern zufolge beschloß der heutige Kronrat in Sinaja die Neutralität Rumäniens, gegen das russische Truppen an der Grenze aufmarschiert sind.

Die Türkei sperrt die Dardanellen.

Konstantinopel, 5. August. (W. T.-B.) Die Regierung teilt offiziell mit, daß sie, um die Neutralität der Türkei wahren zu können, die Dardanellen und den Bosporus für fremde Schiffe schloß.

Der Reichstag bewilligt einstimmig den Kriegskredit.

Zu der gestrigen Reichstagsöffnung erschienen die Kaiserin, die Kronprinzessin, die Prinzessinnen Eitel Friedrich, August Wilhelm, der Reichskanzler, der Staatssekretär und viele Mitglieder des diplomatischen Korps mit dem österreichischen Botschafter. Der Kaiser verlas die schon mitgeteilte Thronrede mit fester, lauter Stimme und reichte, nachdem er den ebenfalls schon gemeldeten Zusatz beendet hatte, jedem der Parteivorstände kräftig die Hand. Nach einem begeistert aufgenommenen Hurra auf den Kaiser, welches Graf Lerchenfeld ausbrachte, stimmten die Anwesenden die Nationalhymne an, die der Kaiser entblößten Hauptes anhörte.

Das Ergebnis der gestrigen Vorberatungen der Reichstagsfraktionen

war, wie man uns telegraphiert, daß man zu dem Entschluß gelangte, die Vorlage wegen der Kriegskredite (5 Milliarden) einstimmig anzunehmen.

Der „Vorwärts“ teilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion in ihrer gestrigen Sitzung den Beschluß faßte, für die von der Regierung angeforderten Kredite zu stimmen. Durch Abgabe einer Erklärung werde sie ihren Beschluß begründen.

Reichstagsvorlagen.

Dem Reichstag ist ein Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Reichsschuldenordnung, zugegangen, worin es heißt, daß die Bereitstellung der nach dem Reichshaushaltsplane zur Verrückung einmaliger außerordentlicher Ausgaben im Wege des Kredits zu beschaffenden und der zur vorübergehenden Verstärkung der Reichshauptkasse vorgesehenen Geldmittel kann in den Grenzen der gesetzlichen Ermächtigungen (§ 1 der Reichsschuldenordnung) auch durch Ausgabe von Wechseln erfolgen kann.

Dem Reichstag ist ein weiteres Gesetz betreffend Änderung des Münzgesetzes zugegangen, wonach bis auf weiteres die Vorschriften im

§ 9 Abs. 2 Satz 2 und 3 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 dahin geändert, daß an Stelle der Geldmünzen Reichsschatzscheine und Reichsbanknoten verabsolgt werden können.

Außerordentliche Lombardgeschäfte der Reichsbank.

Berlin, 3. August. (W. T.-B.) Seit dem Tage der Mobilmachung hat sich ein so abnormer Kredit- und Zahlungsmittelbedarf herausgestellt und seine Befriedigung bei der Reichsbank, insbesondere auch im Lombardverkehr gesucht, daß diese Befriedigung innerhalb der dem Lombardverkehr der Reichsbank gezogenen Grenzen nicht mehr möglich war. Da die zur Ausfüllung dieser Lücke bestimmten Darlehnskassen erst nach Erlaß der dem Reichstag unverzüglich vorzulegenden Gesetze eingerichtet werden können, hat sich die Reichsbank entschlossen, bis dahin den Kreis der von ihr als Lombardunterlage anzunehmenden Werte zu erweitern. Es ist in Aussicht genommen, diese außerordentlichen Lombardgeschäfte nach Einrichtung der Darlehnskassen alsbald an diese überzuführen.

Vom russischen Kriegsschauplatz.

Über ein neuen Erfolg unserer Truppen bringt das Wolffsche Telegraphenbureau die folgende erfreuliche Meldung:

Königsberg i. P., 5. August. Die deutschen Truppen stürmten Ribart. Die Russen gingen unter Zurücklassung von Gefangenen nach Osten. Eigene Verluste gering.

Der russische Botschafter ist von Berlin abgereist.

Berlin, 4. August. Der russische Botschafter hat gestern um 1/2 12 Uhr Berlin verlassen.

Der französische Generalissimus reist zur Armee ab.

Paris, 4. August. (W. T.-B.) Generalissimus Joffre verließ heute vormittags 11,45 Uhr Paris und begab sich zur deutschen Grenze.

Ein deutsches Weißbuch über den Krieg.

Dem Reichstage gingen von der Regierung eine Denkschrift und Aktenstücke zum Kriegsausbruch zu.

Einleitend wird darin anschließend an die Serajewer Mordtat, die serbische Politik mit der auf die Revolutionierung und Völscherung österreichischer Landesteile gerichteten Tendenz dargelegt. Es heißt darin:

Zum dritten Male seit sechs Jahren führt Serbien Europa an den Rand eines Weltkrieges, weil es sich bei seinen Bestrebungen von Rußland geschützt glaubte. Der Balkanbrand brach zusammen über der Frage der Beuteverteilung. Ein neuer Balkanbrand unter russischem Patronat sollte seine Spitze gegen den Bestand Österreich-Ungarns richten. Dem konnte Österreich nicht noch länger tatenlos zusehen. Aus vollem Herzen konnten wir die diesbezüglichen Mitteilungen unseres Bundesgenossen mit Einverständnis seiner Einschätzung der Sachlage beantworten. Die Billigung einer Aktion, die es für notwendig hielt, um der großserbischen Bewegung ein Ende zu machen, mußten wir aussprechen. Wir konnten weder zu Nachgiebigkeit raten, noch unseren Bestand versagen, da auch unsere Interessen durch andauernde serbische Wühlarbeit aufs empfindlichste bedroht waren. Ein moralisch geschwächtes durch das Vordringen des Panславismus zusammenbrechendes Österreich wäre für uns kein beachtenswerter Bundesgenosse mehr. Wir ließen daher Österreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien!

Die Denkschrift bespricht sodann die Entwicklung der österreichischen Schritte gegen Serbien und sagt: Von Anfang des Konflikts an vertraten wir den Standpunkt, daß es sich um eine Angelegenheit handelt, die es allein mit Serbien auszutragen habe. Wir bestreben uns daher, den Krieg zu lokalisieren und die anderen Mächte von der berechtigten Notwehr Österreich-Ungarns zu überzeugen. Österreich teilte Rußland mit, es beabsichtige lediglich defensive Maßnahmen gegenüber den serbischen Wühlereien, ver-

lange aber Garantie für weiteres freundschaftliches Verhalten Serbiens. Es liegt Österreich gänzlich fern, eine Verschärfung der Machtverhältnisse auf dem Balkan herbeizuführen. Am 26. Juli ließ die österreichische Regierung abermals durch ihren Petersburger Botschafter erklären, sie habe keinerlei Eroberungspläne. Im Laufe des gleichen Tages langten indes bereits die ersten Meldungen über die russische Mobilmachung an. Noch am gleichen Tage wurde darauf der deutsche Botschafter in Petersburg angewiesen, der russischen Regierung zu erklären: Vorbereitende militärische Maßnahmen Russlands werden uns Gegenmaßnahmen aufzwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müssen. Da Österreich den Bestand Serbiens nicht antasten will, sind wir der Ansicht, daß Rußland eine abwartende Stellung einnehmen kann. Der Wunsch Russlands, daß der Bestand Serbiens nicht angetastet werde, werden wir amso eher unterstützen können, als Österreich diesen Bestand gar nicht in Frage stellt. Am 27. Juli

erklärte der russische Kriegsminister dem deutschen Militärattaché ehrenwörtlich, es sei noch keine Mobilmachungsordre ergangen.

Auf die Frage, wozu die Mobilmachung gegen Österreich erfolge, antwortete der russische Kriegsminister mit Umschweifen und dem Hinweis auf die Diplomaten. In den folgenden Tagen folgten sich die Nachrichten über russische Mobilisierung in schnellem Tempo, darunter auch solche über Kriegsvorbereitungen an der deutschen Grenze, so die Verhängung des Kriegszustandes über Kowno, der Abmarsch der Warschauer Garnison, die Verstärkung der Alexandrower Garnison etc. Am 27. Juni trafen die ersten Meldungen über vorbereitende Maßnahmen Frankreichs ein. Am 26. Juli hatte Rußland den Konferenzvorschlag gemacht. Dazu erklärten wir, wir könnten uns an einer derartigen Konferenz nicht beteiligen, so sehr wir ihre Tendenz billigten, da wir Österreich in seiner Auseinandersetzung mit Serbien nicht vor ein europäisches Gericht zittern könnten. Wir fanden uns aber bereit, den weiteren Vorschlag Greys nach Wien zu übermitteln, worin angeregt wurde, Österreich-Ungarn möchte sich entschließen, entweder die serbische Antwort als genügend zu betrachten oder als eine Grundlage für weitere Besprechungen. Österreich bemerkte zu dem Vorschlag, daß er nun, nach Eröffnung der Feindseligkeiten, zu spät komme. Wir setzten die Vermittlungsversuche bis zum äußersten fort und rieten Wien, jedes mit der Würde der Monarchie vereinbare Entgegenkommen zu zeigen. Alle Vermittlungsaktionen wurden aber von militärischen Vorbereitungen Russlands und Frankreichs überholt.

Am 29. Juli hatte der deutsche Botschafter eine Unterredung mit dem russischen Minister des Auswärtigen, worin er erklärte, Österreich habe versprochen, durch die Erklärung der territorialen Nichtinteresses Rücksicht auf die russischen Interessen zu nehmen. Das sei ein großes Zugeständnis seitens eines kriegsführenden Staates; man solle deshalb Österreich die Angelegenheit mit Serbien allein regeln lassen. Der Botschafter fügte sehr ernst hinzu, daß augenblicklich die ganze serbische Angelegenheit gegenüber der Gefahr eines europäischen Krieges in den Hintergrund trete und gab sich alle Mühe, dem Minister die Größe dieser Gefahr darzulegen.

Ebenfalls am 29. Juli berichtete der Militärattaché in Petersburg telegraphisch über eine Unterredung mit dem russischen Generalstabschef folgendes: Der russische Generalstabschef bot mir die schriftliche Bestätigung an und gab mir sein Ehrenwort in feierlicher Form, daß nirgends eine Mobilmachung erfolgt sei. Der Militärattaché müsse das Gespräch in Anbetracht der positiven zahlreichen Nachrichten über erfolgte Einzuziehungen als einen Versuch betrachten.

Deutschland über den Umfang der bisherigen Maßnahmen irrezuführen.

Deutschland arbeitete Schulter an Schulter mit England weiter unausgesetzt an einer Vermittlungsaktion und unterstützte jeden Vorschlag in Wien, wozu Deutschland sich die Möglichkeit einer friedlichen Lösung versprach. Unterdessen kamen immer erneute sich häufende Meldungen über russische Mobilisierungsmaßnahmen, Truppenansammlungen an der ostpreussischen Grenze, Verhängung des Kriegszustandes über sämtliche wichtigen Plätze an der russischen Westgrenze, die keinen Zweifel daran ließen, daß die russische Mobilisierung auch gegen Deutschland in vollem Gange war.

während gleichzeitig unserem Petersburger Vertreter alle derartigen Maßnahmen erneut ehrenwörtlich abgelehnt wurden.

Noch ehe eine Antwort auf den englisch-deutschen Vermittlungsvorschlag eintreffen konnte, ordnete Rußland die allgemeine Mobilmachung an. Am 31. Juli richtete der

Zar an Kaiser Wilhelm folgendes Telegramm:

„Ich danke Dir von Herzen für die Vermittlung, welche die Hoffnung ausbreiten läßt, daß noch alles friedlich enden könne. Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Österreichs Mobilisierung notwendig geworden sind. Wir sind weit davon entfernt, einen Krieg zu wünschen. Solange die Verhandlungen mit Österreich über Serbien andauern, werden meine Truppen keine herausfordernde Aktion unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf, daß ich vertraue mit aller Kraft auf Gottes Gnade und hoffe auf einen Erfolg Deiner Vermittlung in Wien für die Wohlfahrt unserer Länder und den Frieden Europas. Dein Dir herzlich ergebener Nikolaus.“

Kaiser Wilhelm antwortete:

Auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Deine Bitte um meine Hilfe habe ich die Vermittlungsaktion zwischen Deiner und der österreichisch-ungarischen Regierung wieder aufgenommen. Während diese Aktion im Gange war sind Deine Truppen gegen das mir verbündete Österreich-Ungarn mobilisiert worden, wodurch, wie ich Dir schon mitteilte, meine Vermittlung beinahe illusorisch gemacht wurde, trotzdem habe ich sie fortgesetzt. Nunmehr erhalte ich zuverlässige Nachrichten, über ernste Kriegsvorbereitungen auch an meiner Ostgrenze. Die Verantwortung für die Sicherheit meines Reiches zwingt mich zu defensiven Gegenmaßnahmen. Ich bin mit den Bemühungen, den Weltfrieden zu erhalten, bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Nicht ich trage die Verantwortung für das

Unheil, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt droht. Noch in diesem Augenblick liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre und Macht Russlands, das wohl auf den Erfolg meiner Vermittlung hätte warten können. Die mir von meinem Großvater auf dem Totenbette überkommene Freundschaft für Dich und dein Reich ist mir immer heilig gewesen. Ich habe tren zu Rußland gestanden,

wenn es in schwerer Bedrängnis war, besonders in seinem letzten Kriege mit Japan. Der Friede Europas kann von Dir noch jetzt erhalten werden, wenn Rußland sich entschließt, die militärischen Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen.“

Noch ehe dies Telegramm den Ort seiner Bestimmung erreichte, war die bereits am Vormittag desselben Tages angeordnete offensichtlich gegen Deutschland gerichtete Mobilisierung der gesamten russischen Streitkräfte im vollen Gange. Das Telegramm des Zaren aber war um 2 Uhr nachmittags aufgegeben.

Die russische Regierung hat durch ihre, die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdende Mobilmachung die mühsame Vermittlungsarbeit der europäischen Staatskanzleien kurz vor ihrem Erfolge zerschlagen. Die Mobilisierungsmaßnahmen, über deren Ernst der russischen Regierung von Anfang an keine Zweifel gelassen wurden, in Verbindung mit ihrer fortgesetzten Ableugung.

zeigen klar, daß Rußland den Krieg wollte. Die deutsche Botschaft in Petersburg hatte inzwischen den Auftrag erhalten, falls die russische Regierung innerhalb der gestellten Frist keine befriedigende Antwort auf unsere Anfrage erteile der russischen Regierung die Kriegserklärung zu übermitteln. Ehe jedoch Meldung über die Ausführung dieses Auftrages einlief, überschritten russische Truppen am 1. August die deutsche Grenze und rückten auf deutsches Gebiet vor. Hiermit begann Russlands Krieg gegen Deutschland. Am 2. August eröffnete auch Frankreich die Feindseligkeiten.

Dieses Weisbuch zeigt der Welt, wie gerecht unsere Sache ist, wie Rußland systematisch und heimtückisch den Weltkrieg heraufbeschworen hat.

Spione!

Spandau, 4. August. (B. L.-B.) In Spandau sind soeben drei Automobile angehalten und die Insassen durch Soldaten nach dem Gefährnis gebracht worden; es soll sich um russische Spione handeln.

Berlin, 4. August. (B. L.-B.) Gestern vormittag wurden am Alexanderplatz zwei russische Offiziere festgenommen, die als Krankenschwestern verkleidet waren. Mehrere russische Spione wurden nachmittags Unter den Linden gefaßt. Einer davon trug deutsche Marineoffiziers-Uniform, ein anderer steckte in der Uniform eines deutschen Militärarztes, ein dritter in der eines preussischen Manöveroffiziers. Große Aufregung verursachte gestern abend am Alexanderplatz das Gerücht, daß sich in dem Gerüst am Bahnhagen russische Spione versteckt haben sollten. Schutzleute suchten das ganze Gerüst ab und fanden in einem Winkel versteckt eine verdächtige Person. Dieselbe wurde verhaftet und abgeführt. Ein anderer Russe wurde vor dem Reichsbankgebäude verhaftet, das er angeblich nur fotografieren wollte. In Tempelhof wurde ein junger Mann festgenommen, bei dem eine mit Sprengstoff gefüllte Bombe gefunden wurde.

Die Städte gegen eine Teuerung.

Königsberg, 4. August. Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer heutigen außerordentlichen Sitzung, dem Magistrat 5 Millionen Mark zu bewilligen zur Deckung wechselfähiger Verpflichtungen infolge der aus Verlaß der Mobilmachung bisher getroffenen Maßnahmen, zur Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln sowie für die sonstigen noch weiter zu treffenden Maßnahmen. Die Beschlußfassung erfolgte einstimmig durch alle Parteien. Die außerordentlich stark besuchte Versammlung wurde mit einem brausenden Hoch auf den Kaiser, das Heer und das deutsche Vaterland geschlossen.

Altona, 4. August. Die städtischen Kollegien bewilligten der Kommission zur Beobachtung des Lebensmittelmarktes eine Million Mark. Der Magistrat erließ einen Aufruf, in welchem er mitteilte, daß Altona vom 5. August ab tausend Hektoliter aufzunehmen habe. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, Quartiere anzunehmen. Helgoland muß also von der Zivilbevölkerung geräumt werden, damit die Flotte dort freie Hand hat.

Krieg und Getreideversorgung.

Wir lesen im „Berl. Tagebl.“: Eines der wichtigsten Probleme in der deutschen Volkswirtschaft ist die Getreideversorgung Deutschlands im Kriege, ein Problem, das von Jahr zu Jahr für uns eine größere Bedeutung erlangt, weil sich die Bevölkerung meist rascher vermehrt als die Zunahme der Getreideproduktion. Einen Vergleich mit den Verhältnissen Deutschlands in den 1870er Jahren kann man kaum anstellen, denn 1870 wohnten in dem jetzigen Reichsgebiet 40 Millionen Menschen, während jetzt 65 Millionen zu ernähren sind. Damals war Deutschland ein Getreideausfuhrland, das heißt, es hat nicht nur seinen eigenen Bedarf selbst gedeckt, sondern darüber hinaus hat es noch so viel Getreide zur Verfügung gehabt, daß es, ohne anderes Getreide dafür einzuführen, nach anderen Ländern exportieren konnte. Hierin ist bekanntlich ein Wandel eingetreten. Zunächst ist nicht nur quantitativ der Verbrauch von Getreide gewachsen, sondern auch qualitativ, das heißt der Konsum pro Kopf der Bevölkerung hat sich ganz erheblich gesteigert, und zwar ist seit jener Zeit eine Verfeinerung des Verbrauches dadurch eingetreten, daß viel mehr Weizen konsumiert wird, während der Verbrauch des Roggengs, der billigeren Getreideart, stagniert. Allerdings führte Deutschland in den letzten Jahren beträchtliche Quantitäten von Getreide aus, hierbei handelte es sich aber, abgesehen von Roggen, um Mengen, die durch Einfuhr von Getreide aus anderen Ländern wieder ersetzt werden mußten.

Trotz der wesentlich veränderten Wirtschaftsverhältnisse gegen früher, kann ruhig gesagt werden, daß, nachdem eine Ausfuhr deutschen Getreides nach dem Auslande durch das Aufheben der Einfuhrzölle unmöglich gemacht worden ist, Deutschland zurzeit genügend versorgt ist.

In den letzten Wochen haben die Erntearbeiten auf der Halbinsel rasche Fortschritte gemacht und vom Auslande ist neue Ware importiert worden. So konstatierte der deutsche Landwirtschaftsrat am Sonnabend, daß im Osten des Reiches der Roggen nicht nur schon meist geschnitten war, sondern zum größten Teil bereits eingefahren ist. Auch in Mittel- und Norddeutschland war der Schnitt des Roggengs ziemlich weit gediehen. Über die Beschaffenheit der neuen Ernte ist zwar stellenweise geflagt worden, im allgemeinen dürfen wir aber mit einer sehr guten Ernte zu rechnen haben. Sehr wesentlich ist, daß die Niederschläge für die Kartoffeln, deren Ernte ja im Kriegsfalle eine große Rolle spielt, von Nutzen waren. Auf Grund dessen, was bis jetzt über die Erträge des Roggengs bekannt geworden ist, kann man annehmen, daß wir während des ganzen Erntejahres nicht nur unseren Bedarf an Roggen völlig decken können, sondern darüber hinaus noch 5-7 Mill. Doppelzentner über den gewöhnlichen Roggenbedarf übrig behalten werden. Dieser Überschub wird zum größten Teil dazu verwandt werden, den Weizenverbrauch zu ersetzen, so daß hierdurch das Einfuhrbedürfnis für Weizen gegen normale Zeiten wesentlich vermindert werden dürfte.

Die Frage der Versorgung mit Futtermitteln wird vielleicht stellenweise auf Schwierigkeiten stoßen, da einerseits die Hagernte nicht sehr groß zu werden verspricht und andererseits in Kleie keine große Mengen zur Verfügung stehen werden. Man muß nämlich berücksichtigen, daß die Auslandszufuhr von Kleie, namentlich aus Rußland im Kriege sehr gering bleiben wird, vielleicht sogar ausfällt, daneben wird die heimische Kleieproduktion in diesem Jahre deshalb recht mäßig sein, weil wir diesmal

sehr dünnhalbige Körner ernten, die viel Mehl aber wenig Kleie ergeben. Aber über diese Schwierigkeit wird schon hinwegzukommen sein. Vor allem steht uns eine gute Heu- und Kartoffelernte in Aussicht, und es ist anzunehmen, daß man von der Kartoffelernte so viel, als man entbehren kann, der Viehfütterung zuführt.

Die sehr wichtige Frage der Beschaffung von Erntearbeitern läßt sich in Deutschland dadurch lösen, daß die nicht waffenfähige Bevölkerung, vor allem Frauen, Kinder, Arbeitslose usw. den diesjährigen Ernteseigen bergen. Die in dieser Hinsicht geäußerten Bedenken dürften voraussichtlich unbegründet sein; vielleicht werden sich allerdings die Erntearbeiten etwas langsamer vollziehen als in normalen Zeiten.

Völlig offen bleibt die Frage, ob wir, trotzdem ein zwingender Bedarf nicht vorliegt, uns während des Krieges noch mit ausländischem Getreide versorgen können. Für eine Beantwortung dieser Frage kommt in erster Linie der Kriegsschauplatz in Betracht. Findet der Krieg im Auslande statt, so muß die ausländische Bevölkerung einen großen Teil des Bedarfes bestreiten, und der heimische Markt wird dadurch entlastet. Von Rußland und Rumänien wird voraussichtlich kein Import von Getreide erfolgen können, wohl aber sind die Vereinigten Staaten von Amerika, und voraussichtlich auch Kanada in der Lage, große Quantitäten abzugeben. Dabei sei bemerkt, daß im übrigen auch unser Gegner Frankreich in diesem Jahre ein starkes Einfuhrbedürfnis hat. Frankreich selbst hat eine schlechte Ernte, und was für Frankreich von sehr großer Bedeutung ist, seine Kornammer Lüneville steht vor einer Hungersnot. In normalen Jahren hat Frankreich aus Lüneville und aus Ägypten große Mengen von Getreide bezogen, die, da sie zollfrei eingefahren wurden, den französischen Getreidepreis regulierten. In diesem Jahre kann Lüneville nicht nur nichts ausführen, sondern es muß von Frankreich, um vor der Hungersnot bewahrt zu werden, mit Lebensmitteln versorgt werden. Ob Frankreich aber angesichts der jetzt gespannten Lage überhaupt in der Lage ist, seine nordafrikanische Kolonie mit Getreide zu versorgen, ist eine andere Frage. Läßt Frankreich das nordafrikanische Protektorat im Stich, so riskiert es in diesem Falle schwere politische Folgen, die die Stokkraft Frankreichs im Mitteländischen Meere sehr stark beeinträchtigen können. Man sieht also, daß die Frage der Getreidezufuhr für Frankreich unter Umständen bedenklich werden kann. Andererseits muß man wieder berücksichtigen, daß die Zufuhr von amerikanischem Getreide nach Frankreich leichter ist als nach Deutschland.

Unter Hauptgegner, Rußland, ist in normalen Jahren der größte Getreideproduzent Europas, aber seine Leistungsfähigkeit ging in den letzten Jahren rapide zurück, und damit hat es auch seine frühere Bedeutung für Westeuropa verloren. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Erntezahlen Russlands in den letzten Jahren unrichtig gewesen sind. Ob sie absichtlich falsch angegeben wurden oder an einem mangelhaften System trafen, sei dahingestellt. Tatsache ist jedenfalls, daß in den letzten Jahren die Erntezahlen einen Regenschwefel von einer Milliarde Rubel aufwiesen. In diesem Jahre hat Rußland amtlich zugegeben, daß es eine Mißernte zu erwarten hat. Was aber eine Mißernte für Rußland zu bedeuten hat, das haben die Hungersnotjahre zu Anfang dieses Jahrhunderts zur Genüge gezeigt. Und gerade in der unglücklichen Ernte Russlands in Brotgetreide liegt ein Moment, dessen Einwirkung auf die Schlagfertigkeit der russischen Armee für uns von Vorteil sein kann.

Wie man aus vorstehender Gegenüberstellung sieht, steht Deutschland verhältnismäßig am günstigsten da. Wir brauchen also keineswegs zu fürchten, daß uns die Lebensmittelzufuhr abgeschnitten wird. Andererseits sollte es jetzt Aufgabe der Regierung sein, nach Möglichkeit alles zu tun, um die Zufuhr von fremdem Getreide zu erleichtern. Dazu ist vor allem erforderlich, daß zu einer Milderung der drohenden Teuerung zunächst einmal in Deutschland während der Dauer des Krieges die Getreidezölle abgeschafft werden. Dadurch wird der Bezug von fremdem Getreide zur Entlastung des heimischen Marktes erleichtert, und die Preise auf dem deutschen Getreidemarkt erfahren eine Regulierung, von der sowohl unsere Militärverwaltung als auch die weitesten Schichten unserer Bevölkerung Vorteil haben.

Zur Tagesgeschichte.

Militärdienstzeit und Besoldungsdienstalter der Kommunal-Beamten.

Die Frage der Ausdehnung der Vorschriften über die Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter der aus dem Militärämterstande hervorgegangenen Beamten auf die Beamten bei den Kommunalbehörden ist bei den einzelnen Bundesstaaten zurzeit noch immer ungelöst. Nur in einem einzigen Bundesstaat ist bisher den Gemeinden anheimgegeben worden, Vorschriften über die Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter zu treffen. In drei anderen scheben noch Erwägungen. In allen anderen Bundesstaaten, darunter in allen größeren, ist ein Vorgehen gegen die Kommunalverwaltungen nicht eingeleitet. Die Militärämter sind somit auf den guten Willen der Kommunen angewiesen. Über die Sachlage sind nun neue Ermittlungen angestellt worden, die ergeben haben, daß in den verfloffenen 4 Jahren bisher 103 Kommunen die Anrechnung freiwillig eingeführt haben, und daß im letzten Jahre die Frage nur wenig gefördert worden ist. Außer den Provinzial- und Kreisverwaltungen usw. sind in Preußen 2202 Ortschaften mit über 2000 Einwohnern, und in den übrigen Bundesstaaten 920 Ortschaften mit über 3000 Einwohnern, zusammen 3122 Ortschaften vorhanden, die nach den Anstellungsgrundlagen zur Einstellung von Militärämtern verpflichtet sind. Nach dem Zeitmaß, in dem die Anrechnung bisher von den Kommunalverwaltung freiwillig geführt wurde, ist zu schließen, daß die Anrechnung erst etwa in 30 Jahren durchgeführt sein wird. Es erscheint deshalb dringend erwünscht, daß gesetzliche Vorschriften erlassen werden, die eine allgemeine Anrechnung vorschreiben. Die Notwendigkeit, für den Unteroffiziersrang eine gesicherte Lebensstellung zu schaffen, wird allseitig anerkannt, und da man weiter die Kommunal- usw. Behörden gesetzlich zur Anstellung von Militärämtern verpflichtet hat und im Staate durch die Gewährung einer bestimmten Anrechnung der Militärdienstzeit gezeigt hat, daß die Nichtanrechnung eine Härte bedeute, wäre es nur eine natürliche Folgerung, daß die Kommunen veranlaßt würden, dem Beispiel des Staates zu folgen.

Die deutsche Sprache in den deutschen Schutzgebieten.

Die Verwaltung Kameruns ist andauernd mit vorbildlichem Eifer darauf bedacht, das Neger-Engisch zu verdrängen und die deutsche Sprache im Schutzgebiet rein zu erhalten. Nachdem sie im vorigen Jahre an die Deutschen des Schutzgebietes einen entsprechenden Aufruf gerichtet und angeordnet hat, daß im Kameruner Amtsblatt Anzeigen, die dem Neger-Engisch entnommene Ausdrücke enthalten, nicht aufgenommen werden, läßt sie im genannten Amtsblatt aus der Zeitschrift des „Allgemeinen deutschen

Sprachvereins" den Mahnruf einer deutschempfindenden Frau wiedergeben, die sich gegen die Verschandelung unserer Sprache in den deutschen Schutzgebieten wendet. Solche Bemühungen einer kolonialen Verwaltung um die Reinhaltung der deutschen Sprache sollten alle beteiligten Stellen zur Nachahmung anspornen. Leider wird auch in der Heimat nicht immer scharf genug darauf gesehen, dem Eindringen undeutscher Wörter in unsere Sprache zu wehren. Beispielsweise enthalten die Wettbewerbsbedingungen der Deutschen Kolonialgesellschaft zu Entwürfen von vier für die Schutzgebiete bestimmten Baulichkeiten das Wort „Rivier“, obwohl dieses ausdrücklich erklärt werden muß und durch die Wendung „meist trockenes Flußbett“ leicht ersetzt werden kann.

Die Kriegsstimmung im Reiche.

Bei der Mobilmachung klapp alles tadellos.

Berlin, 5. August. Nach den bei den militärischen Zentralbehörden eingegangenen amtlichen Nachrichten ist die Mobilmachung unseres Heeres und unserer Flotte bisher ganz vorzüglich verlaufen. Alles ging wie am Schnürchen.

Kundgebungen in Mecklenburg.

Neustrelitz, 4. August. Nach dem Festgottesdienst, der gestern abend in Anwesenheit des Großherzogs stattgefunden hat, zog die Einwohnerschaft unter Vorantritt des großherzoglichen Hoboistenchores vor das Residenzschloß, wo ein Feldgottesdienst für die Bevölkerung stattfand. Der Großherzog richtete eine packende Ansprache an die Bevölkerung, in der er auf die Bedeutung des Tages hinwies. In der ganzen Stadt herrscht größte Begeisterung.

Unseres Kaisers Tochter als Samariterin.

Braunschweig, 4. August. Auf Anregung der Frau Herzogin wird im herzoglichen Residenzschloß ein Lazarett eingerichtet werden, in dem bis zu 150 Betten aufgestellt finden sollen. Im Anschluß an die Lazareträume werden Untersuchungs- und Verbandszimmer usw. eingerichtet werden. Die Einrichtungen sind in derartig großem Umfange vorgesehen, daß fast der ganze Südflügel des Residenzschlosses in Anspruch genommen wird. Ferner wird auf Befehl der Frau Herzogin warmes Mittagessen allen bedürftigen Frauen und Kindern von zum Heeresdienst einberufenen Wehrpflichtigen ausgegeben werden.

Der Patriotismus der Einbittenschaft.

Kiel, 4. August. Nach einem Aufruf des Rektors der hiesigen Universitäten ist fast die gesamte Kieler Studentenschaft dem Rufe zu den Fahnen gefolgt.

München, 4. August. Die Rektoren und Senate der bayerischen Hochschulen richten an die akademische Jugend nachstehenden Aufruf:

Kommilitonen! Die Mäusen schweigen, es gilt den Kampf, den aufgezogenen Kampf um deutsche Kultur, die Barbaren vom Osten bedrohen, um deutsche Werte, die der Feind im Westen uns raubt. So entbrennt auf uns die Furor Teutonius. Die Begeisterung der Befreiungskämpfe lodert auf, der heilige Krieg bricht an. Die Alma Mater entläßt mit ihrem Segen die Söhne, die sie zur Friedensarbeit, die sie zur Pflicht und Treue, zur Ehre und Freiheit erzogen. Scharf Euch als Krieger um die Fahnen, als Helfer um das Rote Kreuz, ein jeder an seinem Platz, mit Kraft und Trost, mit Faust und Herz. Gott segne die Waffen, Gott segne den Kampf und gebe den Sieg!

Patriotismus in Lothringen.

Metz, 4. August. Der Gouverneur macht ein Schreiben einer Anzahl hervorragender Vertreter der einheimischen Bürgerschaft, die meist Gemeinderatsmitglieder sind, bekannt, in dem diese spontan unbeflüßelt erklären, daß die lokale Bürgerschaft mit Abscheu sich von denjenigen abheben und die Gemeinschaft mit denen ablehnen würde, die verbrecherische Handlungen vornehmen oder ihnen irgendwie Vorschub leisten sollten. Die Bürgerschaft sehe vielmehr als hohe, heilige Pflicht an, ihr Solidaritätsgefühl mit dem zum Schutz und zur Ehre unseres geeinigten deutschen Vaterlandes zu den Fahnen berufenen Söhnen und Brüdern dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie die von der Militärbehörde getroffenen Maßnahmen mit allen Kräften nachdrücklich unterstützen. Der Ernst der Stunde verlange von allen Bevölkerungsteilen ein treues Handeln in Handarbeiten mit den Militärbehörden. — Ferner gibt der Gouverneur eine Mitteilung der bischöflichen Behörde bekannt, wonach es sämtlichen Geistlichen verboten ist, auf der Straße sich in französischer Sprache zu unterhalten, und daß angeordnet ist, daß täglich 20 Geistliche dem Gouverneur zur Hilfeleistung bei der Verproviantierungsarbeiten zur Verfügung gestellt werden. Der Gouverneur freue sich, diesen Beweis patriotischer Gesinnung der lothringischen Geistlichkeit zur öffentlichen Kenntnis bringen zu können.

Hilfe bei der Ernte.

Berlin, 5. August. Die städtische Schuldeputation hat an die Rektoren und Hauptlehrer die Nachricht gelangen lassen, daß es außerordentlich erwünscht sei, wenn kräftige Schüler der oberen Klassen sich bereit finden würden, unter Führung von Lehrern sich an den zurzeit drängenden Erntearbeiten zu beteiligen.

Greifswald 4. August. Die Organisation der ganzen deutschen Studentenschaft als Landarbeiter ist in die Wege geleitet von Professor Philipp von der hiesigen Universität.

Die „Agra“ und der Krieg.

Leipzig, 5. August. Auf der Buchgewerbe-Ausstellung zogen die Abteilungen Frankreich, Rußland und England ihre Flaggen ein. Die Pavillons der drei Länder wurden geschlossen. Das bekannte Café Français entfernte unter großem Jubel der Bevölkerung das Wort Français von dem Schilde. (Bravo!)

Kein Glottentkampf.

Berlin, 5. August. Die im Umlauf befindlichen Gerüchte über eine Schlacht zwischen einem deutschen Schiffsverbande und der russischen Ostseeflotte, über deren Vernichtung und den Untergang eines deutschen Schiffes sich glatt erfunden.

Russische Luftschiffer heruntergeschossen.

Wien, 4. August. Die „Neue Freie Presse“ meldet: An der österreichisch-russischen Grenze nördlich von Lemberg wurde ein Aeroplan, System Sikorsky, mit einem russischen Piloten, einem Begleitoffizier und einer Nutzlast von österreichischen Truppen heruntergeschossen. Die beiden russischen Offiziere, die verletzt wurden, wurden gefangen genommen.

Telegramme.

Berlin, 4. August. Der Vorstand der Berliner Börse hat beschlossen, bis Mittwoch, dem 5. August, Kursfestsetzungen nicht vorzunehmen. Die Börse räume bleiben wie gewöhnlich geöffnet.

Washington, 5. August. Das Repräsentantenhaus hat 250 000 Dollar zur Heimbringung von Amerikanern aus Europa bewilligt.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 5. August.

Oberpräsident von Eisenhart-Rothe stellvertretender Vorsitzender der Ansiedlungskommission.

Der Oberpräsident der Provinz Posen v. Eisenhart-Rothe ist für die Dauer seines Hauptamts zum Stellvertreter des Vorsitzenden der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen ernannt worden.

Aufhebung des Provinzial-Missionsfestes.

Des Krieges wegen hat das Provinzial-Missionsfest in Birnbaum bis auf weiteres aufgeschoben werden müssen.

Nottestamente der zu den Fahnen Einberufenen.

Für alle diejenigen, die jetzt zu den Fahnen einberufen werden und ihr Vermögen zurücklassen müssen, namentlich für Grundstückeigentümer, empfiehlt es sich, einen Bevollmächtigten zu ernennen, der sie in ihrer Abwesenheit vertritt. Zweckmäßig ist es, diese Vollmacht gerichtlich oder notariell beglaubigen zu lassen. Oft wird sich auch die Errichtung eines Testaments empfehlen, so namentlich für kinderlose Eheleute. Sein Testament kann heute zwar jeder Schreibkundige selbst niederschreiben. Erfahrungsgemäß kommen aber gerade bei solchen Testamenten häufig Fälle vor, die die Ungültigkeit des Testaments zur Folge haben. Deswegen tut jeder, der ein wirksames Testament hinterlassen will, gut, es durch das Gericht oder durch einen Notar aufnehmen zu lassen.

Weitere Notprüfungen.

Infolge der angeordneten Mobilmachung bestimme ich, daß mit denjenigen Volksschullehrern, welche ihre wissenschaftliche Hausarbeit zur Prüfung für die endgültige Anstellung der Volksschullehrer abgegeben haben, auf ihren Wunsch sobald als irgend möglich die mündliche Prüfung abzuhalten ist. Zu diesem Zwecke ermächtige ich die königliche Regierung, nötigenfalls die zur Abhaltung dieser Prüfungen erforderlichen Prüfungskommissionen sofort zusammenzusetzen und das Weitere zu veranlassen. Die Herren Oberpräsidenten und die königliche Provinzialschulkollegien haben Abschrift dieses Erlasses erhalten.

Berlin, den 1. August 1914.

Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten.
von Trott zu Solz.

Um den Böglingen des Oberkurses der Volksschullehrerseminare, die nach der angeordneten Mobilmachung der Armee in diese eintreten wollen oder müssen, die Möglichkeit zu gewähren, vorher noch die erste Lehrerprüfung abzulegen, beauftrage ich das königliche Provinzialschulkollegium, angesichts dieses die Leiter der Seminare anzuweisen, mit den genannten Böglingen, die sich entweder über ihre Verpflichtung zum Eintritt in die Armee durch die betreffenden Militärpapiere ausweisen oder die Zustimmung ihrer Väter oder Vormünder zum freiwilligen Eintritt beibringen und für militärischtauglich befunden worden sind, sogleich die erwähnte Prüfung abzuhalten. Die Prüfung ist für diejenigen Böglinge, die der 1. Seminarstufe seit Michaelis v. J. angehören, nur eine mündliche, für alle übrigen eine schriftliche und eine mündliche, die in möglichst kurzer Frist nach der schriftlichen Prüfung abzuhalten ist. Den Prüflingen, welche die Prüfung bestanden haben, ist das Reisezeugnis sofort auszufertigen und auszuhändigen. Den Reisezeugnissen ist eine Abschrift dieses Erlasses beizugeben.

Ein Verzeichnis der auf Grund dieses Erlasses geprüften und mit dem Reisezeugnis entlassenen Böglinge mit Angabe der Namen, des Lebensalters, des Standes der Väter sowie darüber, ob der Eintritt in das Heer freiwillig oder infolge einer Einberufung erfolgte, ist binnen zwei Monaten einzureichen.

Der Teilnahme der Departementsräte des königlichen Provinzialschulkollegiums an den auf Grund dieser Verfügung vorzunehmenden Prüfungen bedarf es nicht.

Berlin, den 1. August 1914.

Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten.
von Trott zu Solz.

Eine Anregung!

Man schreibt uns: „Enorme Opfer an Gut und Blut würde ein Krieg vom deutschen Volke erfordern.“ Das deutsche Volk ist ebenso opferbereit, wie vor 100 Jahren. Wie stolz wären wir, wenn wir unsere goldenen Trauringe gegen eiserne mit der Aufschrift: „Gold gab ich für Eisen, 1914“ eintauschen könnten. Ich bin überzeugt, tausend andere denken ebenso und würden gerne Ringe und Schmuckstücke auf dem Altar des Vaterlandes opfern. Mit Gott, für König und Vaterland!

Schüler höherer Schulen als Erntehelfer.

Der Kultusminister hat genehmigt, daß in denjenigen Teilen der Provinz, in denen die Bergung der Ernte gefährdet ist, Anträge der Eltern von Schülern höherer Lehranstalten auf Befreiung ihrer Söhne vom Unterricht zum Zwecke der Teilnahme an den Erntearbeiten zu genehmigen sind.

Vom Roten Kreuz.

Die Kaiserin und die Kronprinzessin haben, wie aus Berlin gemeldet wird, Montag vormittag an zwei aufeinander folgenden Sitzungen des Zentralkomitees des Deutschen Vereins und des Preussischen Landesvereins vom Roten Kreuz teilgenommen. In Abwesenheit des erkrankten Vorsitzenden begrüßte dessen erster Stellvertreter, General der Artillerie z. D. Rothe, die hohen Frauen, dankte für ihr Erscheinen und gab einen kurzen Bericht über die bisherigen Vorbereitungen und Maßnahmen des Roten Kreuzes zur Fürsorge für die Verwundeten und Kranken. Das Rote Kreuz sei zu all dem, was von ihm bisher amtlicherseits gefordert wurde, voll gerüstet, und alles nehme seinen, seit langem geregelten Gang. Die weiterhin erforderlichen Geldmittel, namentlich zum Betriebe der zahlreich vorgesehenen Vereinslazarette, Verband- und Erfrischungststellen, Genesungshäuser, zur Beschaffung des späteren Bedarfs an Verbandsmaterialien, Arzneien, Wäscheutensilien usw. sollen durch Aufrufe zu freiwilligen Spenden zusammengebracht werden.

Nachdem für die dringenden Ausgaben Kredite von der Versammlung genehmigt worden waren, wurden die Anwesenenden durch die Nachricht erfreut, daß der Kaiser die königlichen Schlösser in Stralsburg i. G., Wiesbaden, Königsberg und Koblenz zur Aufnahme von Verwundeten und Erkrankten dem Roten Kreuz zur Verfügung gestellt habe, und daß ferner die Frauenhilfe durch die Hand ihrer Professorin, der Kaiserin, 10 000 Mark als erste Gabe darbreite. Der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Pauffmann, gab schließlich bekannt, daß er versuchen wolle, die Mittel der Deutschen Landesversicherungsanstalten in gewissem Umfange für die Maßnahmen des Roten Kreuzes dadurch nutzbar zu machen, daß er ermächtigt, bis zu je 10 000 Mark dem Zentral-Komitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz für seine Fürsorgemaßnahmen zu genehmigen.

Arbeitsnachweis für landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen.

Um die Durchführung der notwendigen landwirtschaftlichen Arbeiten auf dem Lande zu unterstützen, ist im Rhythos des Geschäftsgebäudes der Königl. Ansiedlungskommission zu Posen, Paulikirchstraße Nr. 10, ein Arbeitsnachweis für landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen eingerichtet. Die Arbeitgeber der Provinz Posen werden aufgefordert, ihren Bedarf an Arbeitskräften (Anzahl der Männer oder Frauen) hier anzumelden. Es kommen namentlich jugendliche nicht militärpflichtige Personen, sowie beschäftigungslose Frauen und Mädchen aus der Stadt Posen in Betracht. Briefe sind zu richten: An die königliche Ansiedlungskommission, Arbeitsnachweis zu Posen, Paulikirchstraße Nr. 10.

Aufschrift der Feldpostsendungen.

Die nach dem Feldbeere gerichteten Postsendungen können, da die Marschquartiere der einzelnen Truppenteile fortwährend wechseln, nicht, wie im gewöhnlichen Verkehr, auf einen vom Absender anzugebenden bestimmten Ort geleitet, sondern müssen zunächst der Feldpostanstalt zugeführt werden, die für den Truppenteil den Postdienst wahrzunehmen hat.

Für jedes Armeekorpskommando, jedes Armeekorps, jede Division — Infanterie, Kavallerie oder Reservebrigade — ist je eine mobile Feldpostanstalt in Tätigkeit. Bis zu dieser Feldpostanstalt, die bei dem Stabe mitmarschiert, werden die an die Truppen gerichteten Sendungen befördert; von dort werden sie durch Kommandierte der einzelnen Truppenabteilungen oder Detachements abgeholt.

Hiernach können die Sendungen nur in dem Falle pünktlich an den Empfänger gelangen, wenn die Aufschriften der Briefe usw. richtig und deutlich ergeben: welchem Armeekorps, welcher Division, welchem Regiment, welchem Bataillon, welcher Kompanie oder welchem sonstigen Truppenteile der Empfänger angehört, sowie welchen Dienstgrad und welche Dienststellung er bekleidet.

Dasselbe gilt sinngemäß für die Sendungen an die Angehörigen der mobilen Marine.

Sind diese Angaben auf den Briefen usw. an die mobilen Truppen richtig und vollständig enthalten, dann können die Sendungen mit Sicherheit der zutreffenden Feldpostanstalt zugeführt werden. Eine Angabe des Bestimmungsorts in der Aufschrift ist nicht erforderlich, kann vielmehr leicht zu Verzögerungen bei Übermittlung der Sendungen führen. Es ist daher zweckmäßiger, auf den Briefen usw. einen Bestimmungsort gar nicht zu vermerken, sofern der Empfänger zu den Truppen gehört, die infolge von Marschbewegungen den Standort wechseln. Wenn dagegen der Empfänger zu den Truppen einer Festungsbesatzung gehört, bei einem Ersatztruppenteile steht oder überhaupt ein festes Quartier hat, so ist dies auf den Briefen usw. deutlich zu vermerken, außerdem ist in diesen Fällen der Bestimmungsort anzugeben.

Die Aufschriften der Briefe usw. müssen recht klar und verständlich sein. Besonders empfiehlt es sich, die Angaben über Armeekorps, Division, Regiment usw. oder Kriegsschiff immer an einer bestimmten Stelle, am besten unten rechts, niederzuschreiben.

Die Ziffern in den Nummern der Divisionen, Regimenter usw. und der Name des Empfängers müssen recht deutlich, scharf und genügend groß geschrieben werden. Blasse Tinte und feine Schrift sind möglichst zu vermeiden. Nachlässige Ziffern und Schriftzüge, oder auch solche, die zwar dem an seine Schrift gewöhnten Absender sehr deutlich vorzukommen mögen, es aber in der Tat nicht sind, zumal wo es sich um Hunderttausenden von Aufschriften um sofortige Entzifferung im Augenblick handelt, werden leicht die Ursache der Verzögerung und Unanbringlichkeit der Feldpostsendungen.

Im übrigen empfiehlt es sich, auf allen Briefsendungen nach dem Feldbeere oder der mobilen Marine den Absender anzugeben. Eine Verpflichtung hierzu besteht jedoch nicht.

Das Publikum wird ersucht, im eigenen Interesse auf die obigen Punkte Rücksicht zu nehmen.

Der neue Direktor der Kgl. Luisenstiftung. Der „Reichsanzeiger“ gibt jetzt bekannt, daß dem Direktor eines mit Oberlyzeum und Studienanstalt verbundenen Lyzeums Dr. Johannes Güldner die Direktion der königlichen Luisenstiftung in Posen übertragen worden ist. Wir hatten diese Mitteilung bereits vor einigen Wochen gebracht. Dr. Güldner ist Amtsnachfolger des als Regierungs- und Provinzialschulrat nach Danzig berufenen bisherigen Direktors Galt.

Ordnungsverleihungen. Dem Gemeindevorsteher Kubial in Wirginowo, Kreis Schrimm, ist das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens und dem Rüster und kirchlichen Gemeindevorsteher Heißer Hildebrand in Jaroschau, Kr. Wągrowitz, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Militärische Ernennung. Der Militärintendanturassessor Plieg, Vorstand der Intendantur der 9. Division, ist zum Militärintendanturrat ernannt worden.

Verlängerung der Schulferien auf dem Lande. Die königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, zu Posen hat genehmigt, daß die Schulferien auf dem Lande, soweit es das Bedürfnis der Ernte erfordert, bis zu 14 Tagen verlängert werden dürfen. Anträge sind sofort bei den zuständigen Kreisinspektoren anzubringen.

Personalnachrichten bei der Eisenbahndirektion Bromberg. Verliehen wurde das Allgemeine Ehrenzeichen (in Silber): den Bahnwärtern Bedde in Belasno (Kr. Wirsitz) und Wehr in Studijn (Kr. Kolmar i. P.). Der Eisenbahnverkehrsinspektor Dr. Schulz in Küstrin ist nach Dessau, der Eisenbahnverkehrsinspektor Rechnungsrat Barleben in Stolz nach Küstrin versetzt; beiden ist die Stellung des Vorstandes des Eisenbahnverkehrsamtes am neuen Dienstort übertragen. Versetzt: Bahnhofsvorsteher Segler von Stallupönen nach Samter. Ernannt: zum Zugführer die Oberbahnmeister Spengler und Steinke in Bromberg; zum Rangiermeister der Rangierführer Ruffin in Schneidemühl, zum Lademeister der Schaffner Weier in Bromberg, zum Unterassistenten der kommiss. Unterassistent Gerth in Janowitz (Kr. Bnin); zum Lokomotivbeizer der Hilfsbeizer Pannach in Landsberg (Warthe), zum Schaffner die Aspiranten im Juge- und Lademeister Monast in Bromberg, Militär in Hohenalza, Habermann in Landsberg (Warthe), der

